

## Deutschland.

□ **Berlin, 27. Mai.** Wie Ihnen bereits bekannt, ist die Einladung der neutralen Mächte zu den Pariser Konferenzen gestern hier übergeben. Gutem Vernehmen nach dürfte ebenfalls schon gestern die Annahme dieser Einladung an entscheidender Stelle beschlossen sein, und wird der Abgang der diesseitigen Antwort-Depesche als unmittelbar bevorstehend bezeichnet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die preussische Regierung dabei sowohl alle rein deutschen Fragen in ihrer unantastbaren Selbständigkeit vor jeder Einmischung des Auslandes wahren, als auch dafür sorgen werde, daß durch die Pariser Beratungen nicht etwa eine die Interessen Preussens gefährdende Verschleppung der ganzen Angelegenheit eintrete. Nachdem Preußen, durch Oesterreich provoziert, kriegerische Rüstungen in einem Umfange, wie noch niemals vorher, vorgenommen hat, kann es die kampfbereite Armee unmöglich bei Fuß auf ganz unbestimmte Zeit hier stehen lassen, und das um so weniger, als (was übrigens auch in Betreff Oesterreichs und Italiens ungefähr der Fall sein wird) an unsre Rüstungen grade zu dem Zeitpunkt, zu welchem der Beginn der Konferenzen in Aussicht genommen werden kann, eben die letzte Hand gelegt sein wird. Alles wird also darauf ankommen, daß es der Konferenz gelingt, möglichst bald alle Besorgnisse vor der Aussichtslosigkeit ihrer Beratungen zu beseitigen und deren positive Bedeutung in ein ganz unzweideutiges Licht zu stellen. Eben hiervon wird es auch zunächst abhängen, ob aus den Konferenzen sich ein europäischer Kongreß entwickelt. Erweisen sich die Verhandlungen als wirklich fruchtbar, so wird preussischerseits der Beschickung eines eigentlichen Kongresses schwerlich etwas im Wege stehen. — Wunderlicherweise ist gestern die hiesige Börse von dem Gerüchte afficirt worden, daß Se. Majestät bei der Truppenbesichtigung eine kriegerisch lautende Ansprache gehalten habe. Es kann sich doch Jedermann selber sagen, daß der König zu Truppen, die in vollster Rüstung vor ihm stehen, um, sobald ihr Kriegsherr befiehlt, dem Feinde entgegenzugehen, nicht wohl über die Segnungen des Friedens sprechen konnte, sondern daß eben von Krieg und Kampfbereitschaft die Rede sein mußte. Worte übrigens, deren naturnothwendiger kriegerischer Charakter in besonderer Weise und mehr, als bei den vorhergehenden Gelegenheiten geschärft gewesen wären, hat Se. Majestät auch bei der gestrigen Besichtigung nicht gesprochen. — Der hiesigen Anwesenheit des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg — welcher auch dem Herrn Minister-Präsidenten einen Besuch machte — ist (wie es bei solchen Gelegenheiten hergebrachtermaßen einige Blätter thun) irgend welche politische Bedeutung durchaus nicht beizulegen, vielmehr findet jene Anwesenheit darin, daß der Fürst dem Familienfeste bei Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen als Vertreter des Hauses Coburg beiwohnte, seine, wie man meinen sollte, durchaus genügende Erklärung.

**Berlin, 27. Mai.** Se. Maj. der König fuhr gestern Vormittag, begleitet von dem Flügel-Adjutanten Oberstleutnant Grafen Rantz nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte dort, im Beisein JJ. KK. HH. des Kronprinzen, der Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht Vater und Sohn, Alexander, Adalbert, des Prinzen August von Würtemberg, Sr. H. des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha, der Generalität, der Militär-Bevollmächtigten, des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, der die Major-Uniform des schweren Landwehr-Reiter-Regiments trug, die gesammte Berliner Garnison und außerdem das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth und das 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin Augusta. — JJ. KK. HH. die Frau Prinzessin Karl, die Frau Prinzessin Friedrich Karl, die Frau Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin befanden sich zu Wagen unter den Zuschauern auf dem Paradeplatz. Alle Truppenteile, die feierlich und in der Kriegsfarbe erschienen waren, hatten sich einer huldvollen Ansprache Sr. Maj. des Königs zu erfreuen. Mittags ½ 1 Uhr feierte der König in die Stadt und in's Palais zurück, arbeitete mit dem Kriegsminister v. Noen, den Generalen v. Moltke, v. Alvensleben und v. Tresckow, ließ sich hierauf von dem Geh. Hofrath Vordt und dem Kabinettsrath v. Müller Vortrag halten und konferierte dann mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, der Abends zuvor in seinem Hotel einen mehrstündigen Ministerrath abgehalten hatte. Um 5 Uhr fand im runden Saale des K. Palais Tafel statt und waren zu derselben geladen JJ. KK. HH. der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Alexander, Adalbert, der Prinz August von Würtemberg, S. H. der Herzog von Gotha mit seinen beiden Adjutanten, der General-Feldmarschall Graf Wrangel, der Gouverneur Graf Waldersee, der Kriegsminister v. Noen, der Chef des Generalstabes der Armee v. Moltke und alle die Regiments-Kommandeure und Stabs-offiziere, welche bei der Parade theilhaftig waren.

— Die Herren Daniel v. d. Heydt, Dankhof und Werle sind bereits nach Elberfeld und Barmen zurückgereist. Wie verlautet, hat Se. Maj. der König dieser Deputation wegen überhäufte Geschäfte keine Audienz bewilligen können.

— Das „Militär-Wochenblatt“ bringt folgende Kabinetts-Ordre: Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich, daß unter den künftigen Verhältnissen die durch Meine Ordre vom 15. Februar d. J. angeordneten Truppen-Uebungen nicht abzuhalten sind.

— Die telegraphische Nachricht der „K. Z.“ vom 25. dieses: Die diesseitige Regierung hat in Wien angefragt, ob die österreichische Depesche vom 26. April wegen des Definitivums in den Herzogthümern als Ultimatum zu betrachten sei, oder ob Oesterreich noch Modifikationen seiner Zugeständnisse für zulässig halte, wird der „Kr.-Ztg.“ als unbegründet bezeichnet.

— Der Westphälische „Volksfreund“ äußert sich in Bezug auf die Klagen, die schon jetzt hier und da über die „Kriegsnoth“ erhoben werden, mit Recht wie folgt: Das ist nicht christlich, nicht

Deutsch, nicht Preussisch, nicht männlich. Was haben die Menschen in früheren Zeiten durchmachen müssen! Wenn man es liest in unseren Tagen, so begreift man nicht, wie sie es ausgehalten haben. Aber das Volk war williger im Gehorsam, es war zäher, metal- lener; und es wußte, daß dieses Leben nicht bloss zum Genuße da ist, daß es nicht ohne Leiden sein kann. Und statt nun im gegenwärtigen Augenblicke das Volk zu ermutigen, an das Vorbild der Väter zu erinnern, die Klagen auf das rechte Maß zurückzuführen, thut ein großer Theil der Presse das Gegentheil und so pflanzt sich das Geseß und, in manchen Fällen muß man sagen, das Gewimmer fort und die meisten wissen schließlich nicht anders, als daß sie klagen müssen. Wir wollen es nicht so machen. Der König hat befohlen, was zu befehlen er das klarste Recht hat; ein rechter Mann zerdrückt vielleicht eine Thräne, aber er folgt in festem Gehorsam, und Gottes Segen ist mit ihm.

— (Kr.-Z.) Heute (Sonntag, 26.) wird die offizielle Einladung zum Kongreß von Seiten Englands, Frankreichs und Russlands hier erwartet. Preußen hatte keinen Grund, die Einladung abzulehnen, wie es denn, sobald das Projekt in Anregung kam, eine Beschickung des Kongresses zusagte. Verpflichtungen sind hiermit natürlich nicht weiter übernommen. Auch in Betreff der Stimmung des Wiener Kabinetts hören wir von Neuem, daß es sich der Einladung zum Kongreß nicht entziehen werde. Was freilich das Resultat des Kongresses — oder der Konferenz — sein wird, darüber kann Niemand etwas Sicheres behaupten. Wir acceptiren ihn als eine — immerhin — Möglichkeit, den Frieden zu bewahren.

— Die „Öst. P.“ wird vor Aerger über die jüngsten Vorgänge in Rumänien scurril. Sie nennt das Unternehmen des Prinzen von Hohenzollern einen „Pagenstreich“ und sieht schon die Mächte interveniren. Die neuesten Depeschen über Frankreichs und Russlands wirkliche Absichten werden sie wohl etwas enttäuschen. Aus dem Artikel scheint übrigens hervorzugehen, daß man in Oesterreich, wenn man eine Ahnung von der Reise des Prinzen gehabt, denselben aufgehoben hätte.

**Bonn, 24. Mai.** Graf Eulenburg ist von Ehrenbreitstein bei seinem Regiment wieder eingetroffen.

**Kiel, 23. Mai.** Augustenburgerische Blätter berichten neuerlich schadenfroh, daß Friedrichsort und der Braune Berg nicht armirt werden könnten, weil das preussische Schiff mit den dazu bestimmten Geschützen an einer dänischen Insel gestrandet sei. Nach eigener Besichtigung kann ich versichern, daß Friedrichsort und der Braune Berg bereits vollständig armirt sind. Namentlich letztere Anlage scheint sehr stark zu sein. Ueber den Abmarsch der Oesterreicher kreuzen sich die Gerüchte. Gutem Vernehmen nach hat aber der Statthalter v. Gablenz seine Haushaltung bereits aufgelöst. — Mit dem letzten Zuge gingen von hier 2 Offiziere und 24 Matrosen nach Stralsund, um von dort das Kanonenboot „Basilisk“ hierher zu führen.

— Der „Allg. Ztg.“ wird geschrieben: Dem Vernehmen nach hat der FML. v. Gablenz seiner Regierung die Möglichkeit entwickelt, für den Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten Holstein zu halten; er hat nur die Ermächtigung verlangt, zur Unterstützung der Brigade Kalik an die Wehrkraft der Herzogthümer appelliren zu dürfen. (Die „Leipziger Abendpost“ läßt sich melden: „Oesterreich wird in nächster Zeit die holsteinischen Stände einberufen und das holsteinische Kontingent aufstellen. Es ist entschieden, daß die österreichischen Truppen aus Holstein sich nicht zurückziehen, sondern dort bleiben werden.“)

— In Dänemark, wo man die Zurückgewinnung Schlesiens wieder scharf ins Auge faßt, wurden mit Bezug darauf seit Kurzem darauf agitatorische Flugblätter verbreitet, die das dänische Volk mahnen sollen, es müsse dem jetzigen „Provisorium“ (!?) in Schleswig bald wieder ein Ende gemacht werden.

**Aus Mecklenburg-Schwerin, 25. Mai,** schreibt man: Eine Folge der gegenwärtigen Verhältnisse ist die Ablündigung des Verbandstages der norddeutschen Genossenschaften, welcher auf den 3. oder 4. Juni nach Stralsund ausgeschrieben war. Die Ablündigung geschah auf Antrag des Stralsunder Kreditvereins.

**Aus Dresden, 23. Mai,** schreibt die „Sächsische Konstitutionelle Zeitung“ in Anknüpfung an die Dementirung des Gerüchts von einem zwischen Sachsen und Oesterreich bestehenden Bündnisse: „In Folge der wiederholten Nachricht, daß ein Bündniß zwischen Oesterreich und Sachsen bestehe — eine Nachricht, die durch das Kollektiv unserer offiziellen Blätter mit der sogenannten großdeutschen Partei ziemlich glaubwürdig wurde, — hatte ein renommirter Fabrikant, L. in D., sich entschlossen, selbst an den König deshalb zu schreiben und um Verhütung darüber zu bitten. Schon am zweiten Tage darauf empfing derselbe eine sehr freundliche Antwort des Königs mit der Versicherung: daß das, was er befürchte (jenes Bündniß), weder eingegangen sei, noch eingegangen werden würde, sondern man werde denjenigen als Aufseher und Feind ansehen, der zuerst Sachsens Grenze überschreite.“ (Das ist ja unzweifelhaft richtig, wenn der König es geantwortet hat. Daß aber zwischen Herrn v. Beust und dem Wiener Kabinet gewisse Verabredungen getroffen sind, ist damit nicht ausgeschlossen und ist auch gewiß.)

**Aus Wien** schreibt man dem „Nürn. Corr.“: Gleich dem Feldzeugmeister Benedek hat nun auch der Feldmarschall Erzherzog Albrecht einen „energischen Tagesbefehl“ an die von ihm kommandirte Südarmerie erlassen, dessen Wortlaut zu veröffentlichen hiesige Blätter aber Anstand nehmen.

— Die „Presse“ hebt die Gründe hervor, welche vom Standpunkte des österreichischen Interesses das Verbleiben der österreichischen Truppen in Holstein gebieterisch fordern:

„Die Brigade Kalik hat nicht bloß eine militärische Position in Holstein inne, sie hat dort zugleich auch eine Ehrenstellung, sie

repräsentirt das, wofür Oesterreich in diesem Augenblicke sich bereit macht, mit allen seinen Kräften einzutreten: die Großmachtsstellung Oesterreichs in Europa, die Rechtsstellung Oesterreichs im Leben des deutschen Volkes, die Präsidialmacht-Stellung Oesterreichs im deutschen Bunde. Eine solche Stellung verläßt man überhaupt nie; die Uebermacht kann die Vertheidiger vernichten, aber freiwillig aufgeben dürfen und werden diese ihren Posten niemals. Mit dem Rückzug der Brigade Kalik wäre zwar nicht Oesterreichs materielle, wohl aber seine moralische Macht in Frage gestellt.“

## Ausland.

**Paris, 24. Mai.** Das Gerücht, daß der österreichische Botschafter Fürst Metternich werde abberufen werden, ist Ihnen gewiß nicht unbekannt. Dieser Rauch war nicht ganz ohne Funken. Der Fürst, der zu den leidenschaftlichsten Gegnern Preussens gehört, hatte es, wie es scheint, auf eigene Hand gewagt, dem Tuilerien-Kabinette zu versichern, seine Regierung würde damit einverstanden sein, daß von vorn herein als einer der Beratungs-Gegenstände des Kongresses die „Abtretung Venetiens gegen Entschädigung“ in dem Programm aufgeführt werde. In Wien aber war man hiermit nicht einverstanden, und der Botschafter war arg bloßgestellt. Thatsache ist, daß auf den offiziellen Antrag des Wiener Kabinetts in dem Programm nur ganz allgemein von der Regelung der italienischen Angelegenheiten die Rede ist, und nicht, wie die „France“ heute versichert: „von den Mitteln, die zu finden seien, um die Sicherheit Italiens zu verbürgen“ — eine Formel, die nichts heißen würde. Die „Liberté“ bringt heute interessante Aufschlüsse über die bisherigen Unterhandlungen. Sie verdankt diese wohl dem Prinzen Napoleon. Nach ihren Angaben wurde die Initiative eines Kongreßvorschlages nicht von Frankreich, sondern von England und Rußland ergriffen, die Anfangs die venetianische Frage ganz aus dem Spiele lassen wollten. Erst als sich herausstellte, daß dies unmöglich sei, nahm Frankreich die Sache in die Hand. Oesterreich verlangte zum Voraus die ihm zugesagten Entschädigungen für Venetien zu kennen. Demzufolge Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich. Doch sei Oesterreich in den letzten Tagen etwas versöhnlicher geworden. Ohne von seinen früheren Erklärungen etwas zurückzunehmen, habe es sich bereit erklärt, den Kongreß zu beschicken, „vorausgesetzt, daß demselben Konferenzen vorausgingen, in denen die Basis der Unterhandlungen fixirt würden.“ An diesen Angaben dürfte übrigens nicht Alles genau sein, und bis auf Weiteres theile ich dieselben nur der Vollständigkeit wegen mit. Am Schlusse ihres Artikels meint die „Liberté“, daß in Folge der Vorgänge in den Fürstenthümern ein vierter Punkt „Frage der Donaufürstenthümer“ in das Kongreß-Programm eingeführt werden müsse.

— Nach Allem, was die Pariser Blätter melden, hat der Kongreß heute größere Chancen als je, d. h. es zweifelt kaum noch Jemand an dem Zustandekommen desselben. Die Erhaltung des Friedens aber erscheint dadurch keineswegs gesichert; nur der „Constitutionnel“ scheint der Ansicht zu sein, daß die Anstrengungen Frankreichs, Russlands und Englands von Erfolg sein würden; Oesterreich soll entschlossen sein, sich fest auf den Boden des Friedens von Zürich zu stellen; ist das richtig, so ist gar nicht abzusehen, wie eine Einigung erzielt werden könnte.

— Neben der großen Kriegs- und Friedensfrage beschäftigt sich die französische Presse nur mit der Reise des Prinzen Karl von Hohenzollern nach Bukarest, die wahrscheinlich bald einen Theil der europäischen Verwickelungen bilden wird. In Paris will man wissen, daß sich der Prinz mit einer Prinzessin von Leuchtenberg vermählen werde und man ist der Ansicht, daß der junge Herr keineswegs auf eigene Faust, sondern auf Frankreichs Antreiben sich in sein Fürstenthum begeben habe. Man will sogar wissen, daß ein Verwandter des kaiserlichen Hauses, der zugleich mit den Hohenzollern verwandt, der bekannte italienische Staatsmann Marchese Depoli, diese Ueberraschung in Scene gesetzt habe. Das Alles notire ich aber nur als umgehende Gerüchte, ohne irgend eine Gewähr. Der frühere Fürst von Rumänien, Cusa, hatte gestern eine Audienz bei dem Kaiser Napoleon.

**Paris, 24. Mai.** Die Verpflichtung Russlands zu dem Kongreß-Programm des Herrn Drouyn de Lhuys soll heute Morgen hier eingetroffen sein. Das Programm könnte also jetzt Oesterreich, Preußen und Italien offiziell vorgelegt werden. Es versteht sich von selbst, daß diese drei Mächte in vertraulicher Weise von dem Gange der Verhandlungen schon unterrichtet wurden, und es ist daher anzunehmen, daß die neutralen Mächte keine Ursache haben, an einer Annahme ihres Vorschlages zu zweifeln. Freilich ist von dieser Annahme bis zur Erhaltung des Friedens noch ein großer Schritt.

## Pommern.

**Stettin, 28. Mai.** Am Sonnabend Nachmittag wurde der mit Straßenreinigung am Bollwerk beschäftigte Arbeitshäuser Färber von einer im starken Trabe fahrenden Droschke oder Equipage umgestoßen und von einem in demselben Augenblicke vorüberfahrenden beladenen einspännigen Fuhrwerk über den Kopf gefahren. Die Verletzung scheint nicht schwer zu sein, da F. noch selbst mit Hilfe eines Kollegen zum Krankenhause gehen konnte.

— Das 8. pommersche Infanterie-Regiment Nr. 61 befindet sich heute auf dem Marsche von Cöslin nach Belgard und wird morgen von dort in Schwelbin eintreffen, von wo dasselbe am Mittwoch Mittag per Bahn durch Stettin nach seinem ferneren Bestimmungsorte expedirt wird.

— In Anbetracht der Zeitverhältnisse ist das auf den 10. Juni festgesetzte Ganturnfest des „Pommerschen Oer-Turngause“ in Pölitz aufgeschoben, dagegen soll an demselben Tage, Vormittags 10 Uhr, in Stettin im Schützenhause ein Turntag abgehalten werden. Die



Tagesordnung für denselben ist in folgender Weise festgesetzt; 1) Bericht des Turnrathes; 2) Festsetzung des nächsten Ganturnfestes; 3) Wahl des Turnrathes; 4) Antrag des Bredower Turnvereins, betreffend den Zahlungsmodus für die Beiträge zur Ausschusskasse; 5) Antrag, betreffend die Abänderung des Statuts; 6) Besprechung über das deutsche Turnfest in Nürnberg.

Auf 3 Extratrains waren am Sonnabend bis gegen 9 Uhr Abends 3 mobile Batterien aus Colberg hier durchpassirt und wurde die vierte erst gegen 3 Uhr erwartet, weil noch eine Schwadron Blücher-Husaren von Cörlin ab auf einem Extrazuge die Bahn passiren sollte. Wegen der hiesigen Kopfstation sind auf dem Bahnhofe Tag und Nacht 6 Lokomotiven zum Rangiren der ankommenden und abgehenden Züge in Thätigkeit.

Der Gerichts-Offessor Köpke ist bei dem Kreisgericht in Greifswald zum Rechtsanwalt und Notar ernannt, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Grimmen. Zu Referendarien sind ernannt: die Auskultatoren Paul Georg Haase und Paul Georg Osterrodt bei dem Appellations-Gericht in Stettin. Der Gerichts-Offessor Meigel ist zum Staatsanwalts-Gehülfen bei dem Kreisgericht in Anklam ernannt, und versetzt ist der Kreisrichter Meind in Bergen an das Kreisgericht in Greifswald.

Am 26. d. M. wurde die 70ste der im „Vulkan“ neu erbauten Lokomotiven auf dem hiesigen Bahnhofe zum Transport nach Oberschlesien abgeliefert.

Dem Regierungs-Rath v. Bonin in Stettin ist der erbetene Abschied bewilligt und ihm zugleich der Rother Adler-Orden mit der Schleife verliehen worden.

**Stargard.** Die „Starg. Ztg.“ schreibt: Auf Requisition der hiesigen Polizei-Verwaltung wurde am Freitag Abend die Sonnabend-Nummer dieser Zeitung mit Beschlag belegt. Es fanden sich in der Expedition etwa noch 600 für die Stadt und nächste Umgebung bestimmte Exemplare vor, welche mit den bereits zur Post gegebenen Exemplaren konfiszirt wurden. Als Grund zur Beschlagnahme wurde uns eine an der Spitze des Blattes befindliche Korrespondenz aus Berlin bezeichnet. Durch Beschluß des Königlich Kreisgerichts wurde indeß die Beschlagnahme im Laufe des Sonnabend Nachmittags wieder aufgehoben.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats, die am Sonnabend durch Auströmmeln verkündigt wurde, soll hierseits eine nochmalige Gefälligkeit der Pferde der Stadt Stargard am Montag, den 28. d. Mts., Morgens 7 Uhr, hinter dem Zeughaufe stattfinden.

Dem hier garnisonirenden 9. Landwehr-Regiment sind die bei der Einkleidung an dasselbe vertheilten Minié-Gewehre in neue Zündnadel-Gewehre eingetauscht, die sich durch ganz vorzügliche Arbeit und größere Leichtigkeit, als die bisherigen, auszeichnen. Man schließt daraus, daß auch das Landwehr-Regiment in die Nähe des Kriegsschauplatzes demnächst abgehen wird.

Am 26. d. M. wurden wieder starke Truppen-Transporte auf der Hinterpommerschen und Stettin-Berliner Bahnstrecke befördert. Im Laufe des Nachmittags passirten unsern Ort vier mobile Batterien aus Colberg. Ihnen folgte am Abend und in der nächsten Nacht das Blücher'sche Husaren-Regiment aus Stolp in einer Stärke von vier Eskadrons auf vier Extratrains.

Die Leiche des bereits seit mehreren Tagen vermißten früheren Kaufmanns Schröder wurde am Sonnabend Morgen in der Thna, gegenüber dem Kriminal-Gefängniß, gefunden und mittels eines dort stehenden Rahns nach dem Krankenhaus geschafft. Die Leiche war nur mit einer Hose, Weste und Hemde bekleidet. Das Motiv zu dem hier vorliegenden Selbstmorde ist wohl in seinen seit mehreren Jahren derangirten Vermögensverhältnissen zu suchen.

**Anklam.** Der Gerichts-Offessor Meigel ist zum Staatsanwalt-Gehülfen beim Kreisgericht in Anklam ernannt.

**Anklam, 26. Mai.** Drei Glocken der Marienkirche sind im Laufe dieser Woche behufs des zu bewirkenden Umgusses abgenommen und geschlagen worden. Herr Glockengießer Schünemann in Demmin wird den Umguß bewirken.

**Colberg, 26. Mai.** Das auf der Schiffsbaumeister Richter'schen Werft neuerbaute, ca. 200 Last Tragfähigkeit enthaltende Schiff „Graf Wrangel“, dem Konsul Hackbart gehörig, lief am Nachmittage des 23. d. M. glücklich vom Stapel.

Zur Deckung des städtischen Geldbedarfs sollen, der „Ztg. f. Pommern“ zufolge, außer dem Verkauf von Rentenbriefen in der Höhe von 40,000 Thlr. und der Erhöhung der Kommunalsteuer von 6 auf 10 Thlr. pro Portion, auch noch ein Zuschlag von 25 pCt. auf die bereits mit einem Zuschlag von 50 pCt. versehene Mahl- und Schlachtsteuer erhoben werden.

### Bermischtes.

Berlin. Am Donnerstag wurde hier in der Wohnung des Kupferformers Schuster, Bellealliancestraße 84, ein überaus fester Raub verübt. Während der Abwesenheit des Mannes und seiner beiden Söhne wurde das Dienstmädchen durch eine falsche Bestellung aus dem Hause gelockt und dann erschien ein gut gekleideter Mann mit einer Dame in der Wohnung. Die Dame war gleichfalls ein verkleideter Mann. Beide Verbrecher warfen sich auf die allein befindliche Hausfrau, inebelten und banden sie und erbrachen dann den Schreibsekretär, in welchem sich 450 Thlr. befanden, die erst vor Kurzem aus der Sparkasse abgehoben worden waren. Die mißhandelte Frau ist schwer erkrankt; von den Räubern konnte leider noch keine Spur ermittelt werden.

### Neueste Nachrichten.

Der „K. Z.“ wird aus Berlin, 27. Mai, telegraphirt: Das Berliner Kabinet hat an den preussischen Gesandten in Stuttgart, Baron v. Conitz, nachstehende Depesche gerichtet:

Berlin, 22. Mai. Graf Linden hat mir vorgestern die in Abschrift anliegende Depesche mitgetheilt, in welcher die Königlich württembergische Regierung sich den Schritten anschließt, welche das Münchener Kabinet im Interesse der Erhaltung des Friedens bei uns gethan hat. Ich habe dem Königlich württembergischen Gesandten sogleich bemerkt, daß die beiden Regierungen von Baiern und Württemberg sich nicht in gleicher Stellung zur Sache befinden. Während wir bereitwillig anerkennen, daß die Königlich bayerische Regierung jeder Initiative zur Herbeiführung der gegenwärtigen Komplikation fremd geblieben ist, erscheint, nach den uns zugegangenen Nachrichten, die Königlich württembergische, nebst Oesterreich und Sachsen, in der ersten Linie der Regierungen, welche durch unerwartete und

in ihren Motiven unaufgeklärte Rüstungen den Anstoß zu der gegenwärtigen Spannung gegeben haben. Ich habe Graf Linden darauf aufmerksam gemacht, daß unter den süd- und westdeutschen Staaten Württemberg zuerst militärische Vorkehrungen angeordnet habe, welche aus dem Rahmen der friedlichen Verhältnisse heraus-treten. Die behauptete Geringfügigkeit dieser Vorbereitungen bestimmt ihnen nicht den Charakter eines Anzeichens feindlicher Absicht. Es liegt in ihnen, besonders in Anlehnung an die österreichisch-sächsischen Rüstungen und nach ihren Beziehungen zu der österreichischen Cirkular-Depesche vom 16. März, immer ein Ueber-schreiten der bedeutamen Kluft, welche auch den unerfreulichsten Depeschenwechsel immer noch von der ersten und geringfügigsten Anordnung zum Zwecke militärischer Aktionen trennt. Graf Linden erwiederte mir, daß die bedrohliche Gesamt-Situation Deutschlands Württemberg zu diesen Vorbereitungen genöthigt habe, während die bis zum Beginn der ersten württembergischen Maßregeln nur von Oesterreich und Sachsen vorgenommenen Rüstungen gegen Württemberg, nach der eigenen Ansicht des Herrn Gesandten, eine Drohung nicht involvirten. Graf Linden rechtfertigte nun zwar die österreichisch-sächsischen Rüstungen, welche bekanntlich in der ersten Hälfte des Monats März begonnen, aus der im Allgemeinen bedenklichen Lage, in welche Deutschland durch die politische Haltung Preußens gerathen sei. Als beweisende Thatsache für diese unsere Haltung, so weit sie dem den österreichischen Rüstungen vorangehenden Zeitraum angehört, hat mir Graf Linden ausschließlich die am 28. Februar von Seiner Majestät dem Könige abgehaltene Konseil-Sitzung unter Zugiehung mehrerer Generale angeführt. Ich habe mein Erstaunen darüber, daß eine so einfache und so häufig vorkommende Thatsache, wie ein Ministerrath unter Vorsitz Sr. Majestät des Königs, für den berechtigten Vorwand zu kriegerischen Rüstungen angesehen werden könne, dem Grafen Linden eben so wenig verhehlt, wie früher bei Besprechung desselben Themas dem Grafen Karolyi, wie wenig es rathsam ist, durch die drohenden Rüstungen den Frieden zwischen Nachbarn zu gefährden. Auf so gewagte Konjekturen hin, wie sie über das Konseil vom 28. Februar gemacht zu sein scheinen, wird die Königl. württembergische Regierung selbst ermessen, wenn Em. rc. dem Freiherrn v. Barnbüler mittheilen, daß in jenem Ministerrathe allerdings die Frage zur Allerhöchsten Entscheidung vorgelegen hat, ob Preußen nach Maßgabe der Situation genöthigt sei, sich auf eine kriegerische Entwicklung derselben vorzubereiten; daß aber diese Frage nach sorgfältiger Prüfung verneint worden ist und Sr. Majestät durch die gerade in dieser Konseilsitzung gefaßten Entschlüsse das Streben nach friedlicher Entwicklung der Krisis ausdrücklich sanktionirt hat. Daß über diese Entschlüsse damals Stillschweigen beobachtet werden mußte, lag in der Natur der schwebenden diplomatischen Verhandlungen; ich habe indeß eine Anfrage des Grafen Karolyi bald nach dem 28. Febr. unbedenklich in dem Sinne beantwortet, daß ich zwar unser bisheriges intimes Verhältniß mit Oesterreich, wie es sich auf der Basis eines gemeinsamen Krieges gebildet habe, als gelöst ansehe, daß aber meines Erachtens daraus nicht Anderes folge, als die Rückkehr unserer Beziehungen auf den Fuß vor dem dänischen Kriege, indem unser Verhältniß dasjenige zweier europäischen Großmächte werde, die sich gegenseitig keiner exceptionellen Intimität erfreuten. Hr. v. Barnbüler wird Em. rc. zugeben, daß von einer solchen zwischen den Großmächten im Allgemeinen die Regel bildenden Beziehung zur kriegerischen Bedrohung der Einen durch die Anderen ein weiter und gewagter Schritt ist, und daß derjenige, welcher ihn aus solcher Lage heraus zuerst unternimmt, eine große Verantwortlichkeit auf sich ladet. Wir haben daher auch nicht ohne vollständige Ueberraschung gegen Mitte März zuerst Kenntniß von den österreichischen und bald darauf sächsischen Rüstungen gegen uns, so wie von der Thatsache erhalten, daß Oesterreich eine Cirkular-Depesche vom 16. März an die Bundes-Regierungen zur sofortigen Mobilisirung ihrer Kontingente in Aussicht auf bundesmäßiges Einschreiten gegen Preußen gerichtet habe. Wir haben uns nicht sogleich entschließen können, dieser Nachricht Glauben zu schenken. Nachdem sie uns aber zur Gewißheit geworden, und wir in Erfahrung brachten, daß bei einigen, insbesondere auch bei der Königl. württembergischen Regierung die österreichische Aufforderung vom 16. März auf keinen unfruchtbaren Boden gefallen war, haben wir uns zu Ende des Monats März zu definitiven Rüstungen entschließen müssen. Der weitere Verlauf der Dinge ist bekannt, und war vorauszusehen, daß eine Rüstung die andere hervorrufen werde. In der durch die erste Rüstung Oesterreichs, Sachsens und Württembergs heraufbeschworenen Thatsache, daß die deutschen Regierungen einander gerüstet gegenüberstehen, beruht aber noch in diesem Augenblicke ausschließlich die Gefahr des Krieges. Wären jene Rüstungen im Monat März nicht begonnen worden, so ist nicht abzusehen, weshalb sich die Situation, wie sie im Monat Februar d. J. lag, in kriegerischer Richtung hätte entwickeln sollen. Em. Erzellenz wollen diese Betrachtungen dem Hr. v. Barnbüler mit dem Bemerkten vortragen, daß wir nach Inhalt derselben die Königl. württembergische Regierung als eine der ersten, welche gerüstet haben, nicht als vorzugsweise legitimirt, zu Friedensmahnungen haben ansehen können. Em. Erzellenz sind ermächtigt dem Freiherrn v. Barnbüler auf sein Verlangen Abschrift dieser Depesche zu hinterlassen.

Gutem Vernehmen nach hat die Pforte sämmtlichen Großmächten ihren Beschluß, die Donau-Fürstenthümer zur Wahrung der verletzten Verträge militärisch zu besetzen, offiziell angezeigt.

**Köln, 26. Mai, Abends.** Die Dividende der rheinischen Eisenbahnaktien beträgt sieben Prozent, wovon drei Prozent baar und vier Prozent in Bons bezahlt werden. Die Bons sollen später gegen Aktien der Gesellschaft zum Tageskurs umgetauscht werden.

**Köln, 26. Mai.** Eine Pariser Depesche der heutigen „Kölnischen Zeitung“ bringt in Beziehung auf den Inhalt der von den drei neutralen Mächten abgesandten Kollektiv-Note folgende Mittheilung. Die Note giebt als die drei zu behandelnden Gegenstände in erster Reihe die Elberzogthümer - Frage an, enthält sich dabei aber jeder Andeutung über die zu treffende Lösung, demnach die Bundes-Reformfrage, die jedoch nur vom europäischen Gesichtspunkte aus zu erörtern sei, und endlich das österreichisch-italienische Zerwürfniß, wobei aber auf das Sorgfältigste jede Nennung Venetiens vermieden und nur von der Konsolidation Italiens gesprochen wird.

**Glauchau, 26. Mai, Nachmittags.** In einer heute stattgehabten von Arbeitervereinen berufenen großen Volksversammlung wurde erklärt: Das Zusammengehen mit Preußen ist ein Lebensinteresse der sächsischen Industrie. Es ist wünschenswerth, daß ein deutsches Parlament sofort zusammentritt.

**Frankfurt a. M., 26. Mai, Nachmittags.** Der deutsche Bund soll wegen der auf dem Kongresse zu behandelnden Bundesreform zur Abendung eines Bevollmächtigten nach Paris eingeladen werden. Mehrere Regierungen sprachen sich gegen eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands aus. Die Frage soll schon in der nächsten Sitzung des Bundestages zur Erörterung kommen.

**Wien, 26. Mai.** Königin Olga von Württemberg ist heute Mittag hier eingetroffen, am Bahnhofe vom Kaiser empfangen worden und in der Hofburg abgestiegen.

**Paris, 27. Mai.** Der „Moniteur“ meldet: „Mehrere auswärtige Blätter haben behauptet, es bestünde ein geheimer Vertrag zwischen Frankreich, Preußen und Italien, wodurch Preußen sich im Falle eines Krieges verpflichte, die Rheinprovinzen, Italien die Insel Sardinien an Frankreich abzutreten. Wir sind im Stande, zu erklären, daß diese Angaben in allen Punkten falsch sind und die französische Regierung keinerlei Verträge solcher Art mit auswärtigen Mächten eingegangen ist.“

Nachdem vorgestern die Donaufürstenthümer-Konferenz den Beschluß gefaßt hatte, daß der Türkei die von ihr beantragte Ermächtigung, ihre Truppen über die Donau rücken zu lassen, nicht erteilt werden solle, suchte der Vorkämpfer der Pforte, Safvet Pascha, sofort eine Audienz beim Kaiser nach, um demselben die Eventualitäten vorzustellen, welche die Schwächung der diplomatischen Beschlüsse nach sich ziehen könnte.

**Kopenhagen, 26. Mai.** Das Kriminalgericht verurtheilte heute den Rebatteur Bille zu einjährigem Staatsgefängniß wegen einer kurz nach dem Wiener Friedensschluß in „Dagbladet“ enthaltenen Reihe von Artikeln, in welchen Bille die Erbberechtigung Christian des Neunten bestritt, weil die Gession des Prinzen Friedrich von Hessen die Erhaltung des Gesamtstaats zur ausdrücklichen Voraussetzung gehabt habe. Die Spruchmotive sind noch nicht publizirt.

### Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

**Paris, 27. Mai, Abends.** Der heutige „Pays“ sagt, es sei möglich, daß die Konferenz sich in einen Kongreß umwandle. Man wird in Folge dessen andere Mächte berufen, an der Berathung Theil zu nehmen. Der „Pays“ stellt folgende zur friedlichen Lösung beitragende Grundzüge auf: Austausch Venetiens gegen ein aquivalentes Territorium am Adriatischen Meere; Annexion der Herzogthümer an Preußen unter der Reserve, den nördlichen Theil Schleswigs an Dänemark zurückzugeben; als Folge der Bundesreform die Herstellung eines rheinischen Länderkomplexes zu einem besonderen deutschen Staate, der einen Theil des deutschen Bundes bildet.

### Börsen-Berichte.

**Stettin, 28. Mai.** Witterung: bewölkt, gestern Regen. Temperatur + 15° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber 56—63  $\frac{1}{2}$  bez., mit Auswuchs 32—50  $\frac{1}{2}$  bez., 83—85pfd. gelber Mai-Juni und Juni-Juli 61  $\frac{1}{2}$ , 1/4, 61  $\frac{1}{2}$ , 61  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Juli-August 63  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Septbr.-Oktbr. 64  $\frac{1}{2}$  bez. u. Bd.

Roggen anfangs flau und niedriger, Schluß fest und höher, pr. 2000 Pfd. loco 39—41  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 38  $\frac{1}{2}$ , 1/4, 38, 38  $\frac{1}{2}$ , 39  $\frac{1}{2}$  bez. und Bd., Juli-August 40  $\frac{1}{2}$ , 40, 40  $\frac{1}{2}$ , 41  $\frac{1}{2}$  bez. u. Bd., August-Sept. 42  $\frac{1}{2}$  bez., September-Oktob. 41  $\frac{1}{2}$ , 42, 42  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez.

Gerste loco pr. 70pfd. schlef. 38—40  $\frac{1}{2}$  bez., 70pfd. schlef. Mai-Juni 40  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez.

Safer loco pr. 50pfd. 27—29  $\frac{1}{2}$  bez., 47—50pfd. 29  $\frac{1}{2}$  Br., Juli-August 29  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., 30  $\frac{1}{2}$  Br.

Rübsöl rasch weichend, loco 12  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., Mai 11  $\frac{1}{2}$ , 1/4, 11  $\frac{1}{2}$  bez. u. Bd., September-Oktob. 11  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., 11  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez.

Spiritus matt mit festem Schluß, loco ohne Faß 12  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 12, 11  $\frac{1}{2}$ , 12  $\frac{1}{2}$  bez. u. Bd., Juli-August 12  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez.

Angemeldet: 400 Ctr. Rübsöl.

### Stettin, den 28. Mai.

	kurz			
Berlin	.....	2 Mt.	—	Pom. Chausse-
„	.....	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ bz	ban-Obligat. 5
Hamburg	.....	2 Mt.	150 B	Used. - Wollin. 5
„	.....	8 Tag.	141 $\frac{1}{2}$ G	Kreis-Oblig. 4
Amsterdam	.....	2 Mt.	140 $\frac{1}{2}$ B	St. Str.-V.-A. 4
London	.....	10 Tag.	6 21 $\frac{1}{2}$ B	Pr. Nat.-V.-A. 4
„	.....	3 Mt.	6 18 $\frac{1}{2}$ B	Pr. Sec.-Assec. 4
Paris	.....	10 Tg.	80 $\frac{1}{2}$ b u. B	Comp.-Act. 4
„	.....	2 Mt.	—	Pomerania 4
Bordeaux	.....	10 Tg.	—	Union 4
„	.....	2 Mt.	—	St. Speich.-Act. 5
Bremen	.....	8 Tag.	—	V.-Speich.-A. 5
„	.....	3 Mt.	—	Pomm. Prov. 4
St. Petersburg	.....	3 Wch.	—	Zuckers.-Act. 5
Wien	.....	8 Tag.	—	N. St. Zucker- 900 B
„	.....	2 Mt.	—	Sieder.-Actien 4
Preuss. Bank	5	—	—	Mesich. Zucker- 4
Sta.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—	—	Fabrik-Anth. 4
„	5	—	—	Bredower 4
St.-Schlds. 3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Walzmühl.-A. 5
P. Präm.-Anl. 3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	St. Portl.-Cem. 4
Pomm.-Pfäbr. 3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Fabrik 4
„	4	—	—	Stett. Dampf 4
„	4	—	—	Schlepp-Ges. 5
Rentenb. 4	—	—	—	Stett. Dampf- 300 B
Ritt. P.P.B.A. 4	—	—	—	schiffs-Verein 5
à 500 Rtl. —	—	—	—	N. Dampfer-C 4
Berl.-St. Eis. 4	—	—	—	Germania 4
Act. Lt. A. B. 4	—	—	—	Vulkan 4
„ Prior. 4	—	—	—	Stett. Dampf- 86 B
„ 4 $\frac{1}{2}$	—	—	—	mühlen-Ges. 4
Starg.-P.E.A. 3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Pommerensd. 4
„ Prior. 4 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Chem. Fabrik 4
Stett. Stdt-O. 4 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Chem. Fb.-Ant. 4
Stett. Börsh. 4	—	—	—	Stettin. Kraft- 4
Obligationen 4	—	—	—	Dünger-F.-A. —
St. Schausp. 5	—	—	—	Gemeinnützige 5
Obligationen 5	—	—	—	Bauges.-Anth. —

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.